Familienpolitische Positionierung:
Was Familien brauchen – Verwirklichung und Teilhabe von Familien

Diakonie für Frauen und Familien

Positionspapier

März 2014

Inhalt

3 **Vorwort**

4 **Zusammenfassung**

6 **Familienpolitische Positionierung: Was Familien brauchen – Verwirklichung und Teilhabe von Familien**
6 Familien brauchen Zeit
6 Familien brauchen eine verlässliche, bedarfsgerechte und flexible soziale Infrastruktur
7 Familien brauchen eine familienunterstützende Arbeitswelt
9 Familien brauchen wirtschaftliche Sicherheit
10 Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum

12 **Fazit und Ausblick**

13 **Mitglieder der Projektgruppe**

15 **Impressum**

Vorwort

Im vorliegenden Positionspapier formuliert die Diakonie Deutschland Erwartungen an die Ausgestaltung der Familienpolitik in den kommenden Jahren. Sie richten sich zunächst an die Gesetzgeber in Bund und Ländern sowie an die Kommunen, die auf ihrer jeweiligen Ebene politische Ziele umsetzen. Angesprochen sind aber auch Kirche und Diakonie sowie Verbände der Wirtschaft, Arbeitnehmervertretungen und die Zivilgesellschaft. Sie alle wirken an der erforderlichen Willensbildung mit.

Familien sind Orte des Vertrauens, der Verlässlichkeit und der Verantwortung füreinander. Sie sind die wichtigste Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsinstanz für Kinder und sie versorgen kranke, behinderte oder alt gewordene Familienmitglieder.[1] Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Bestehen unserer Gesellschaft. Dabei wird Familie in ganz unterschiedlicher Weise gelebt. Als Eltern, verheiratet oder unverheiratet mit ihren Kindern, als Väter und Mütter, die ihre Kinder allein erziehen oder als Eltern, die nicht nur ihre Kinder erziehen sondern auch ihre zu pflegenden Angehörigen versorgen.[2] Eine Familienpolitik, die den Anspruch hat, gerecht und nachhaltig zu sein, ist herausgefordert, sich nicht an bestimmten Familienmodellen und -formen zu orientieren. Vielmehr muss sie darauf ausgerichtet sein, Einschränkungen der Wahlfreiheit in der Lebensführung abzubauen. Bei der Formulierung von Anforderungen an eine familienorientierte Sozialpolitik geht die Diakonie davon aus, dass Vertrauen und Harmonie, Verantwortlichkeit und Verlässlichkeit nicht erzwingbar sind. Viele Hoffnungen, Erwartungen und Anstrengungen, die an Familie gerichtet sind, bleiben unerfüllt. Die Stabilität menschlichen Zusammenlebens behält bei allen Anstrengungen, sie zu fördern, etwas Unverfügbares. Deshalb ist die Vergewisserung des Segens Gottes für Familien wichtig.

Auch wenn in den letzten Jahren die Familienpolitik neue Wege gewagt hat[3], geraten immer mehr Familien unter Druck. Der gesellschaftliche Wandel führt zu der Frage, was Familie heute leistet, noch leisten kann oder soll.[4] Im Mittelpunkt allen Nachdenkens sollte die Frage stehen, welche Rahmenbedingungen Familien brauchen, um ihr Leben nach eigenen Wünschen und Zielen gestalten zu können. Politik ist hier verpflichtet, ihren gesetzlichen Gestaltungsauftrag gemäß Artikel 6 Grundgesetz und § 1 SGB VIII zu erfüllen. Aus Sicht der Diakonie Deutschland sind die wirtschaftliche Sicherung von Familien, verlässlich verfügbare und gestaltbare Zeit, bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit, eine bedarfsgerechte und verlässliche Infrastruktur und soziale Netzwerke sowie eine familienfreundliche Wohnungspolitik hierfür die zentralen Voraussetzungen.

An der Erarbeitung der vorliegenden Positionierung haben Expertinnen und Experten der Diakonie Deutschland sowie der Landesverbände mitgewirkt – und hier aus den Bereichen Kinder- und Familienpolitik, ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste, ambulante Altenhilfe, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung sowie Sozialrecht und Theologie.

Wir freuen uns, wenn die familienpolitischen Positionen der Diakonie Deutschland Ihnen Anregungen geben und Ihre Arbeit und Ihr Engagement für positive Lebensbedingungen für Familien unterstützen.

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik, Diakonie Deutschland

1 Diakonie Texte Positionspapier: Familien wirksam fördern und ihre gesellschaftliche Teilhabe sichern, 2008.

2 Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement in Zusammenarbeit mit „Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (Hrsg.): Datenreport 2013: Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern.

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 7. Familienbericht, 2005.

4 vgl. Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD, 2013.

Zusammenfassung

Die derzeitigen familienpolitischen und sozialgesetzlichen Leistungen wie auch die arbeitsrechtlichen Regelungen werden den veränderten, vielfältigen Erfordernissen, denen sich Familien in ihrem familiären und beruflichen Alltag heute stellen müssen, nicht im notwendigen Maße gerecht.

Zentrale Voraussetzungen dafür, dass Familien ihr Leben nach eigenen Wünschen und Zielen gestalten können, sind aus Sicht der Diakonie Deutschland:

- die wirtschaftliche Sicherung von Familien
- verlässlich verfügbare und gestaltbare Zeit
- bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit
- eine bedarfsgerechte und verlässliche Infrastruktur
- und soziale Netzwerke sowie eine familienfreundliche Wohnungspolitik

Mit dem vorliegenden Positionspapier leistet die Diakonie Deutschland einen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um eine sozial ausgewogene Ausgestaltung der familienpolitischen Leistungen.

Familien brauchen Zeit

84 Prozent der Väter und 60 Prozent der Mütter sind erwerbstätig. Allerdings arbeiten zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter in Teilzeit, hingegen ist die Teilzeitbeschäftigung für Väter die Ausnahme. Familien brauchen gemeinsame Zeit, um ihr Familienleben gestalten und erfahren zu können. Insofern sind familienpolitische Maßnahmen und gesetzliche Regelungen dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie zeitliche Rahmenbedingungen von Familien verbessern oder einschränken. Die partnerschaftliche Familie als Modell der Zukunft braucht Formen gesellschaftlicher, rechtlicher und sozialpolitischer Unterstützung für ihre Erziehungs- und Sorgearbeit.

Familien brauchen eine familienunterstützende Arbeitswelt

- Insbesondere für Alleinerziehende ist es oft schwierig, dauerhaft eine berufliche Tätigkeit zu finden, die ihre besondere Lebenssituation berücksichtigt. Die Diakonie Deutschland fordert hier dringend eine Harmonisierung der betroffenen Rechtskreise und Hilfesysteme von SGB II, SGB III und SGB VIII (Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe) im Sinne einer unbürokratischen und klaren Handlungslinie im Umgang mit Alleinerziehenden. Aus Sicht der Diakonie Deutschland gehört hierzu, dass die Angebote an Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen – auch in Teilzeit – ausgeweitet werden.

- Arbeitgeber sind gefordert, familienfreundliche Maßnahmen in ihre Personalplanungen aufzunehmen – wie beispielsweise eine weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung bis hin zur der Möglichkeit, wieder von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitarbeit zurückzukehren sowie in der Wahl des Arbeitsortes. Auch brauchen Eltern in der Zeit der Familiengründung mehr Beschäftigungssicherheit.

- Für eine gelingende Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben muss die Pflege ihren Status als „reine Privatsache“ verlieren. Hierzu gehört, im Pflegezeitgesetz eine Lohnfortzahlung bei der kurzfristigen Freistellung analog zum Krankengeld bei Erkrankung des Kindes durch eine Verankerung im SGB XI festzuschreiben. Es sollte einen Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit geben.

- Nachbesserungsbedarf besteht bei der beitragsrechtlichen Berücksichtigung der erbrachten und mit rentenunschädlichem Pflegegeld honorierten Pflegeleistungen nach § 166 Abs. 2 SGB VI.

Familien brauchen wirtschaftliche Sicherheit

- Nach Ansicht der Diakonie Deutschland wird zu Recht die Wirksamkeit der ehe- und familienpolitischen Leistungen in Frage gestellt. Sie fordert, dass der Gedanke der Einstandsgemeinschaft mehr als bisher Beachtung bei der Familienförderung findet und dass diese stärker auf die tatsächliche Sorge für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige abstellt.

- Um soziale Disparitäten abzubauen, muss nach Ansicht der Diakonie Deutschland die Schnittstellenproblematik zum SGB II dringend angegangen werden.

- Zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien und der Förderung von Kindern und Jugendlichen schlägt die Diakonie Deutschland vor, eine einheitliche finanzielle Förderung zu schaffen, statt sich in vielen einzelnen Leistungen wie Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, Kinder-Regelsätze in der Grundsicherung und pauschalierte Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket zu verzetteln. Zudem fordert die Diakonie, eine bedarfsabhängige Förderung mit direkter Auszahlung an die Eltern einzurichten, zum Beispiel für schulische Bedarfe, Fahrten, Lernförderung, Mittagessen, Gesundheit und größere Anschaffungen.

Familien brauchen eine verlässliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur

- Vielen Familien sind die vielgestaltigen familienbezogenen Unterstützungsangebote und Leistungen nicht bekannt. Deshalb müssen nach Ansicht der Diakonie Deutschland soziale Infrastrukturleistungen, die im Schnittstellenbereich zwischen Gesundheitssystem, Familien- und Jugendhilfe liegen, stärker vernetzt und präventiv wirkende Arbeitsformen wie die „Frühen Hilfen“ weiterentwickelt werden.

- Es muss, um dem zunehmenden Pflegebedarf zu begegnen, dringend mehr in den Ausbau und die Qualität ambulanter und stationärer Einrichtungen investiert werden. Nach Ansicht der Diakonie Deutschland bedarf es eines Gesamtkonzeptes der pflegerischen Versorgung, in das auch die Pflegezeit und die Familienpflegezeit integriert werden.

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum

- Vielerorts herrscht ein erheblicher Mangel an Wohnungen, die für Familien geeignet und auch bei niedrigem Einkommen erschwinglich sind. Aus Sicht der Diakonie Deutschland sind mehr Wohnraumförderprogramme auf Landes- und kommunaler Ebene für die Versorgung von Familien erforderlich.

- Die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau müssen endlich zweckgebunden in Neubauprojekte investiert werden. Neben dem Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum bei Wiedervermietung sind Mietobergrenzen beziehungsweise Kappungsgrenzen festzulegen, damit ein ausreichendes Angebot an preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung steht.

- Die Diakonie Deutschland erwartet, dass die festgelegten Mietobergrenzen im Rahmen der SGB II-Leistungen an die tatsächlichen Wohn-und Energiekosten angepasst werden, um zu verhindern, dass Energiesperren verhängt werden, oder Familien gar die Kündigung droht.

- Aufgrund der Erfahrungen aus der Gemeinwesendiakonie gilt es nach Ansicht der Diakonie Deutschland, sozial-integrative Förderprogramme wie beispielsweise die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ auszubauen und mit anderen sozialen Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes sowie der Länder und Kommunen enger zu verknüpfen, die auf die Sicherstellung der Daseinsvorsorge und auf den Erhalt von Wohn- und Lebensqualität für Familien abzielen.

Familienpolitische Positionierung: Was Familien brauchen – Verwirklichung und Teilhabe von Familien

Familien brauchen Zeit

Grundsätzlich gilt: Familien brauchen gemeinsame Zeit, um Familie leben zu können. So wünschen sich fast drei Viertel der Eltern von Kindern unter 16 Jahren, unter der Woche mehr Zeit für die Familie zu haben.[5]

Immer mehr junge Familien streben eine Rollenverteilung in Familie und Partnerschaft an, die von Gleichberechtigung und fairer Teilung der Aufgaben bestimmt ist. Dennoch müssen sich die Familienmitglieder häufig den Erfordernissen der Arbeitswelt unterordnen. Das heißt, Dauer, Lage und Rhythmus der Arbeitszeit und der Ort der Arbeitsstelle bestimmen ganz wesentlich die zeitlichen Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten von Familien.

Die Möglichkeiten der institutionellen Kinderbetreuung haben sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Dennoch geraten Familien unter zeitlichen Druck, weil gerade in ländlichen Gebieten die Öffnungszeiten von familienunterstützenden Diensten wie die der Kindertageseinrichtungen, Schulzeiten und öffentliche Einrichtungen oder die Fahrzeiten des öffentlichen Personennahverkehrs nicht genügend aufeinander abgestimmt sind. Mit der Frage, wie die Mobilität vor Ort verbessert, Wegzeiten verkürzt und Öffnungszeiten von Institutionen oder Ämtern synchronisiert werden können, sind in erster Linie die Kommunen anzusprechen. Aber auch Bund und Länder sind aufgefordert, durch übergeordnete Regelungen oder beispielsweise durch die Förderung von integrierten Stadtentwicklungsprogrammen Zeitkonflikte für Familien zu entschärfen.

Zeit fehlt aber nicht nur als alltäglich verfügbare Zeit, sondern auch als Zeit in bestimmten Phasen des (Familien-)Lebens.

Die Diakonie Deutschland ist der Ansicht, dass eine an Gerechtigkeit orientierte Familienpolitik nicht nur ein neues Miteinander zwischen den Geschlechtern fordert, sondern auch ein verbessertes Miteinander von privater und öffentlicher Verantwortung für die Erziehungs- und Sorgetätigkeiten. Frauen und Männer sollen in gleicher Weise Familienaufgaben und berufliche Pflichten übernehmen beziehungsweise miteinander verbinden können. Die partnerschaftliche Familie als Modell der Zukunft braucht Formen gesellschaftlicher, rechtlicher und sozialpolitischer Unterstützung für ihre Erziehungs- und Sorgearbeit.

Familien brauchen eine verlässliche, bedarfsgerechte und flexible soziale Infrastruktur

Familien brauchen bei der Erziehung ihrer Kinder und bei der Pflege von Angehörigen eine verlässliche, bedarfsgerechte und flexible soziale Infrastruktur sowie ein institutionelles Netzwerk, das ihnen zur Verfügung steht. Diese Infrastruktur muss sowohl familienunterstützende – beispielsweise Familienberatungsstellen – als auch familienergänzende – wie Tageseinrichtungen für Kinder – und notfalls familienersetzende Angebote – wie die Hilfen zur Erziehung – bereithalten.

Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ist als Förder-, Unterstützungs- und Hilfeangebot selbstverständlicher Bestandteil familiären Lebens und der Sozialisation von Kindern geworden, in der „Mitte der Gesellschaft“[6]. Um es Familien zu erleichtern, die für sie geeignete Unterstützung innerhalb der vielgestaltigen – und oftmals unübersichtlichen – Landschaft von Institutionen, Einrichtungen und Behörden zu finden, müssen nach Ansicht der Diakonie Deutschland soziale Infrastrukturleistungen stärker vernetzt werden. Nur so können einzelne Hilfen je nach Problemlagen besser aufeinander abgestimmt werden und wirksamer greifen. Beispiele sind die Familienpflege und Dorfhilfe, die im Schnittstellenbereich zwischen Gesundheitssystem, Familien- und Jugendhilfe als

5 Institut für Demoskopie Allensbach: Monitor Familienleben, 2012.

6 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 14. Kinder- und Jugendbericht, 2013, S. 5.

familienunterstützender Dienst umgehend auf Notsituationen reagieren.

Neue Formen gemeinwesensorientierter Einrichtungen wie Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser oder ressortübergreifend vernetzte präventive Arbeitsformen wie die „Frühen Hilfen“ haben sich bewährt und sollten weiter ausgebaut und entwickelt werden. Die Familienerholung ist als präventive Angebotsleistung der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere für Familien in Belastungssituationen auszubauen. Sie muss sich konzeptionell weiterentwickeln und finanziell besser ausgestattet werden.[7] Die besonderen stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter beziehungsweise für Mütter und ihre Kinder oder Väter und ihre Kinder sind als ein wichtiges Angebot in Belastungssituationen und zur Entlastung von Familien stärker zu fördern. Gesundheitlich belastete Mütter und Väter sind besser über Möglichkeiten von präventiven Maßnahmen und Mutter-/Vater-Kind-Kuren zu informieren. Dazu sind die Fachberatungsdienste auszubauen. Hürden im Antragsverfahren müssen abgebaut werden.[8]

Unter dem Aspekt der Prävention ist ein besonderes Augenmerk auf die Gesundheitsförderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu richten. Hier ist insbesondere die Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitssystems von Bedeutung.[9]

Die Lebens- und Begleitungssituation von alten Menschen mit Pflegebedarf und ihren Familienangehörigen wird sich noch weiter ausdifferenzieren. Hier ist bereits jetzt eine große Heterogenität vorhanden. Dem zunehmenden Pflegebedarf ist dringend mit einem Ausbau ambulanter und stationärer Einrichtungen zu begegnen. Zudem ist in die Qualität zu investieren. Nach Ansicht der Diakonie Deutschland bedarf es eines Gesamtkonzeptes der pflegerischen Versorgung. Zu diesem Gesamtkonzept zählen wohnortnahe und niedrigschwellig gestaltete Angebote, ein System von vernetzten Begleitungs- und Versorgungsformen, unabhängige und umfassende Pflegeberatung, verbesserte Koordination von informellen und professionellen Angeboten, die Stärkung von Pflege- und Unterstützungsnetzwerken, ein flächendeckendes Angebot an Pflegekursen und der Ausbau von innovativen Wohn- und Begleitungsformen. In ein solches zu schaffendes Gesamtkonzept sind die Pflegezeit und die Familienpflegezeit zu integrieren, damit sie zur Entlastung der pflegenden Angehörigen und der Stabilisierung von häuslichen Pflegearrangements beitragen können.

Familien brauchen eine familienunterstützende Arbeitswelt

Die Vorstellungen darüber, wie Mütter und Väter Beruf und Familie verwirklichen wollen, sind sehr unterschiedlich. Wichtig ist, dass sie alle Voraussetzungen dafür vorfinden, um frei entscheiden können, wie sie Familie und ihre Berufstätigkeit vereinbaren wollen: Ob ein Elternteil ganz oder teilweise zugunsten der Erziehung der Kinder und der Pflege auf Erwerbstätigkeit verzichtet, ob die Eltern sich mit der Berufstätigkeit abwechseln, oder ob Kinder schon als Babies anderweitig betreut werden und in welcher Form.

Generell werden die Erwerbstätigkeit und die Erwerbsverläufe von Frauen und Männern sehr stark von der Anzahl der Kinder bestimmt. Viele Frauen nehmen wegen der Versorgung ihrer Kinder berufliche Nachteile in Kauf, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Fast jede zweite berufstätige Frau erwirbt aufgrund ihrer Teilzeitbeschäftigung kein existenzsicherndes Einkommen für sich und ihre Kinder. So sind 84 Prozent der Väter und 60 Prozent der Mütter erwerbstätig. Dies bedeutet eine Zunahme der Erwerbstätigenquote der Mütter im Vergleich zu 1996 um fünf Prozent, während die der Väter im gleichen Umfang gesunken ist. Allerdings arbeiten zwei Drittel der Mütter (nur) Teilzeit, die Teilzeitbeschäftigung für Väter bleibt die Ausnahme.[10]

Hinzu kommt, dass das Steuer- und Sozialrecht noch immer das Zuverdienst-Modell fördert. Mit dem Ehegattensplitting werden nach wie vor Anreize dafür gesetzt, dass überwiegend Frauen die Familienarbeit übernehmen, während Väter in der Regel vollzeiterwerbstätig sind. Die Diakonie Deutschland erwartet, dass die Politik dazu beiträgt, dass sich für Frauen und Männer gleiche berufliche und familiäre Verwirklichungschancen eröffnen.

Für Alleinerziehende ist es oft schwierig, eine an ihrer Lebenssituation orientierte berufliche Tätigkeit zu finden. Viele Arbeitgeber haben nach wie vor Vorbehalte in Bezug auf die Verfügbarkeit von Alleinerziehenden. Alleinerzie-

7 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge: Familienerholung auf dem Weg – Weiterentwicklungsbedarfe und -möglichkeiten, 2013.

8 www.eva-frauengesundheit.de

9 Vgl. Diakonie Texte Positionspapier 02.2012: Prävention und Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen.

10 Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Demografieportal des Bundes und der Länder; www.demografie-portal.de

hende, die eine Ausbildung machen oder an einer Maßnahme des Jobcenters teilnehmen, sehen sich oft mit der Schwierigkeit einer unklaren Finanzierung der Kinderbetreuung während dieser Zeiten konfrontiert.[11] Die Diakonie Deutschland erwartet hier dringend eine Harmonisierung der betroffenen Rechtskreise und Hilfesysteme von SGB II, SGB III und SGB VIII (Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe). Eine unbürokratische und klare Handlungslinie im Umgang mit Alleinerziehenden ist erforderlich.[12] Zudem sollten erwerbslose Personen, die aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens bisher keine Förderung erhielten, in die Unterstützungsangebote einbezogen werden.

Die Diakonie Deutschland hält es für erforderlich, dass die Angebote an Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen – auch in Teilzeit – ausgeweitet werden.[13] Um alleinerziehende Mütter und Väter dauerhaft im Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen die Begleitung und natürlich die Auszubildenden selbst während der gesamten Aus- und Weiterbildung kontinuierlich finanziell abgesichert sein.[14]

Familienfreundlichkeit ist in den letzten Jahren für die Unternehmens- und Personalpolitik zu einem zunehmend wichtigen Anliegen geworden.[15] Familiengerechte Arbeitsbedingungen werden entweder durch gesetzliche Regelungen bestimmt oder durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen.

Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz[16] sowie das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz[17] sind erste Schritte in die richtige Richtung, um die Zeitsouveränität von Familien zu erhöhen. Arbeitgeber sind gefordert, familienfreundliche Maßnahmen in ihre Personalplanungen aufzunehmen. Beispielsweise sind eine weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung bis hin zur der Möglichkeit, zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeit häufiger wechseln zu können und Optionen in der Wahl des Arbeitsortes wichtige Elemente einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Zudem brauchen Eltern in der Zeit der Familiengründung mehr Beschäftigungssicherheit.

Für eine gelingende Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben muss die Pflege ihren Status als „reine Privatsache“ verlieren. Sie gehört in den Blick sozialstaatlicher, wirtschaftlicher und betrieblicher Verantwortung. Dringend erforderlich ist der politische Wille bei allen beteiligten Akteuren, die Rahmenbedingungen von Pflege deutlich zu verbessern und sie geschlechtergerecht auszugestalten.[18] Im Pflegezeitgesetz sind Lohnfortzahlung bei der kurzfristigen Freistellung analog zum Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes[19] sowie der

11 Die jungen verheirateten Mütter tauchen in den Statistiken eher nicht auf, da sie kein ALG II beziehen aufgrund des Einkommens des Partners, haben aber sehr wohl die gleichen Probleme, Beratung und Unterstützung sowie einen Ausbildungsplatz zu finden. So ist beispielsweise jungen Frauen, die in Mutter-Kind-Einrichtungen wohnen (SGB VIII) und eine Ausbildung machen wollen, der Zugang zu Ausbildungs-Projekten nach SGB II und SGB III zur Integration in den Arbeitsmarkt verwehrt.

12 Ein gutes Beispiel zur Einführung von familienfreundlichen Maßnahmen in der betrieblichen Praxis ist die Beratung durch externe Partner, wie beispielsweise dem Projekt VIOLA – Kompetenzen für Alleinerziehende Diakonie Hochfranken Erwachsenenhilfe gGmbH; Region Hannover Koordinierungsstelle Alleinerziehende: Alleinerziehend in der Region Hannover – Netzwerk- und Ressourcenanalyse.

13 Ein gutes Beispiel hierfür liefert das von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ im Rahmen des Wettbewerbs „Ideen für die Bildungsrepublik“ ausgezeichnete Projekte der Diakonie Hannover SINA „TaF – Teilzeitausbildung für junge Mütter“.

14 Zusätzlich zur Projektfinanzierung führt die derzeitig für alle vom Jobcenter und von der Arbeitsagentur geförderten Projekte und Maßnahmen angewendete Ausschreibungspraxis regelmäßig dazu, dass regional verortete und in der Begleitung von Alleinerziehenden und jungen Müttern bei Berufsintegration und Ausbildung erfahrene Träger ihre Arbeit nicht fortsetzen können, da der preisgünstigste Anbieter den Zuschlag erhält. So ist die in der Regel übliche Projektfinanzierung der Angebote für Alleinerziehende langfristig personell und finanziell abzusichern, um zu verhindern, dass diese zum Teil wieder eingestellt werden müssen, bevor für die Alleinerziehenden ein Nutzen daraus entsteht.

15 Im Bereich von Kirche und Diakonie gibt das „Gütesiegel Familienorientierung“ der Diakonie Bayern wichtige Impulse und praktische Anregungen, wie Führungskräfte und Entscheidungsträger Familienfreundlichkeit und Familienorientierung initiieren, entwickeln, umsetzen und leben können. Die Beratung und Begleitung für diese Prozesse können beim Diakonischen Werk Bayern abgerufen werden: www.diakonie-bayern.de

16 Statistisches Bundesamt vom 6.12.2013: Etwa 30 Prozent der Väter haben für durchschnittlich 3 Monate Elterngeld bezogen.

17 Süddeutsche Zeitung: Wenig Interesse an Familienpflegezeit. Verbände sprechen von “Totalausfall” vom 16.7.2013: Bisher sind nur in sehr geringem Umfang Versicherungsanträge nach dem Familienpflegezeitgesetz gestellt worden.

18 Diakonisches Werk der EKD: Unterstützung von pflegenden Angehörigen – sozialpolitische Positionen des Diakonie Bundesverbandes, 2011.

19 Vgl.: Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband: Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Ver einbarkeit von Pflege und Beruf (Familienpflegezeitgesetz – FamPflegeZG) – Bundestagsdrucksache 17/6000 August 2011.

Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit im SGB XI zu verankern.[20]

Nachbesserungsbedarf besteht bei der beitragsrechtlichen Berücksichtigung der erbrachten und mit rentenunschädlichem Pflegegeld honorierten Pflegeleistungen nach § 166 Abs. 2 SGB VI. Nach der geltenden Regelung hängt der Umfang dieser Berücksichtigung von der Pflegestufe der pflegebedürftigen Person ab. Die Pflegestufe der zu Pflegenden kann jedoch nach Auffassung der Diakonie Deutschland keine Grundlage für die Berücksichtigung in der Rentenversicherung sein. Die rentenrechtliche Bewertung für die berufstätigen pflegenden Angehörigen ist allein auf die für die Pflege aufgewendete Zeit (in der die Rentenversicherten auf eigene Erwerbstätigkeit verzichtet haben) abzustellen. Für alle anderen pflegenden Angehörigen soll die Beitragshöhe nach § 166 Abs. 2 SGB VI pflegestufenunabhängig und einheitlich anteilig an der Bezugsgröße nach § 18 SGB IV bemessen werden.

Familien brauchen wirtschaftliche Sicherheit

In Deutschland ist seit Jahren eine soziale Benachteiligung von Familien feststellbar. Angesichts der Entwicklungen am Arbeitsmarkt (Flexibilisierung, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, großer Niedriglohnsektor) kann ein mittlerer Lebensstandard von Familien meist nur erreicht werden, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind.[21] Familien sind überdurchschnittlich von Armut bedroht oder betroffen. Alleinerziehende und kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit einem Migrationshintergrund tragen ein hohes Armutsrisiko. Vielen Müttern, die wegen Kindererziehungszeiten oft über Jahre aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, droht mit hoher Wahrscheinlichkeit Altersarmut. Diese Situation wird seit Jahrzehnten hingenommen.

Nach Ansicht der Diakonie Deutschland wird zu Recht die Wirksamkeit der ehe- und familienpolitischen Leistungen in Frage gestellt.[22] Die Bestandsaufnahme der 148 familienbezogenen Leistungen mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 200,3 Milliarden Euro Leistungen[23] zeigt, dass die monetäre Förderung von Familien aus unzureichend miteinander verbundenen Zielen und Maßnahmen besteht. Vielen Familien sind einzelne familienpolitische Leistungen unbekannt und für viele Eltern oder pflegende Angehörige sind die Antragsverfahren aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten von Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu kompliziert und unüberschaubar.

Das Kindergeld hat den Anspruch, horizontale Steuergerechtigkeit herzustellen. Es zeigt sich allerdings unter dem Gesichtspunkt der vertikalen Gerechtigkeit ein soziales Ungleichgewicht, da die Höhe des Kindergeldes nicht die des Existenzminimums eines Kindes erreicht.[24]

Ein weiteres Problem ist, dass aufgrund der grundsätzlichen Nachrangigkeit von Leistungen der Grundsicherung familienpolitische Leistungen wie beispielsweise das Elterngeld bei Familien im Sozialtransferbezug angerechnet werden. Die mit dem Elterngeld beabsichtigte Gewährung eines Schonraumes und Anerkennung der Betreuung eines Kindes wird diesen Eltern vorenthalten.

Das Ehegattensplitting knüpft an den Bestand der Ehe als Erwerbsgemeinschaft an. Es ist keine familienpolitische Leistung, aber ein steuerliches Instrument, das wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation von Familien hat.

Die Diakonie Deutschland kritisiert die deutlich unterschiedlichen Entlastungsbeträge von verheirateten Eltern gegenüber nicht miteinander verheirateten Eltern und Alleinerziehenden. Der Gedanke der Einstandsgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern muss familienpolitisch besser als bisher gefördert werden.[25]

---

20 Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband: An die Pflege Denken, 2013.

21 Berninger Ina/Dingeldey Irene: Familieneinkommen als neue Normalität! In WSI Mitteilungen: Vom Ernährerlohn zum Familieneinkommen 3/2013

22 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.: Eckpunktepapier des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung des Systems monetärer Unterstützung von Familien und Kindern, 2013.

23 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Politischer Bericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, 2013.

24 Eltern, deren Einkommen nicht ausreicht, das Existenzminimum des Kindes abzusichern, haben zwar Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung (beziehungsweise den Kinderzuschlag). Hierbei wird allerdings nur das sozialrechtliche Existenzminimum des Kindes abgedeckt, welches deutlich unter dem steuerlich anzuerkennenden „sächlichen Existenzminimum und Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf“ liegt.

25 Diakonie Texte Positionspapier “Soziale Sicherung für Kinder und Jugendliche einfach, transparent und zielgenau ausgestalten”, 2013.

Im Bereich der häuslichen Pflege stellt sich die Situation so dar, dass zwar Aufwendungen für Pflegeleistungen von den Steuern abgesetzt werden können, aber davon nur die Personen profitieren, die Einkommenssteuer bezahlen. Eine weitere Einschränkung besteht darin, dass Aufwendungen nur dann in voller Höhe anerkannt werden, wenn sie sich auf insgesamt 20.000 Euro belaufen. Nur dann können maximal 4.000 Euro jährlich von der Steuerschuld abgezogen werden.

Um soziale Disparitäten abzubauen, ist es nach Ansicht der Diakonie Deutschland zwingend erforderlich, das bisherige System der familienpolitischen Leistungen zügig der Vielfalt und der Lebenswirklichkeit von Familien anzupassen. Insbesondere müssen die mit der Evaluation der familienpolitischen Leistungen festgestellte Schnittstellenproblematik zum SGB II dringend angegangen und ein transparentes und konsistentes Gesamtkonzept entwickelt werden.

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien und der Förderung von Kindern und Jugendlichen schlägt die Diakonie Deutschland vor,[26] eine einheitliche finanzielle Förderung zu schaffen, statt sich in vielen einzelnen Leistungen wie Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, Kinder-Regelsätze in der Grundsicherung und pauschalierte Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket zu verzetteln. Eine bedarfsabhängige Förderung mit direkter Auszahlung an die Eltern, zum Beispiel für schulische Bedarfe, Fahrten, Lernförderung, Mittagessen, Gesundheit und größere Anschaffungen, ist der richtige Weg.

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum

Für das Aufwachsen von Kindern und für die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger spielen das nachbarschaftliche Wohnumfeld und die Größe der Wohnung eine entscheidende Rolle.[27] Die ärztliche Versorgung, alters- und familiengerechtes Wohnen sowie die Erreichbarkeit von Bildungs- (Kindertageseinrichtungen und Schulen), Familien- und Freizeiteinrichtungen, sozialen Diensten (wie Familienpflege und Dorfhilfe, Tagespflege für ältere Menschen, Dienste der spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV- Dienste)) und Hospizen, sind je nach Familienphase von großer Bedeutung. Besonders wichtig ist eine bedarfsorientierte Anpassung der Verkehrssysteme.

Der Strukturwandel stellt Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Familien in Deutschland. Er ist gekennzeichnet durch wachsende Städte und Ballungsgebiete sowie schrumpfende Dorfgemeinden und eine Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Regionen.[28]

Auf der einen Seite haben immer mehr ländliche Regionen aufgrund der demografischen Entwicklung Probleme bei der Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der Wahrung des sozialen Zusammenhalts.[29] Auf der anderen Seite ist in Großstädten eine soziale Entmischung von Stadtteilen (Gentrifizierung) festzustellen.

Vor allem in den Ballungsräumen sind in den letzen Jahren sowohl die Wohnungsmieten als auch die Wohnnebenkosten deutlich gestiegen. Die durchschnittliche Wohnkostenbelastung aller Haushalte lag im Jahr 2011 bereits bei einem Drittel ihres Einkommens. Die armutsgefährdete Bevölkerung hingegen musste die Hälfte ihres monatlichen Einkommens für Wohnkosten ausgeben.

Vielerorts herrscht ein erheblicher Mangel an bezahlbaren Wohnungen für Familien. Nicht nur für Familien im Grundsicherungsbezug oder mit niedrigem Einkommen ist es schwierig, eine preiswerte Wohnung zu finden, sondern auch für Familien mittlerer Einkommensgruppen. Sie finden oft nur noch an den Stadträndern oder im Umland größerer Städte eine Wohnung. Familien im Grundsicherungsbezug sind zudem oftmals aufgrund der geltenden SGB II-Bestimmungen gezwungen, in eine kostengünstigere Wohnung umzuziehen.[30]

Aus Sicht der Diakonie Deutschland müssen die festgelegten Mietobergrenzen im Rahmen der SGB II-Leistungen an die tatsächlichen Wohn-und Energiekosten angepasst werden, um zu verhindern, dass Energiesperren verhängt werden, oder Familien gar die Kündigung droht. [31]

---

26 ebd.

27 Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte. Eine Studie von Timo Heyn, Dr. Reiner Braun und Jan Grade (empirica AG) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, S. 15.

28 Bundesministerium des Innern: Jedes Alter zählt, 2013.

29 Sozialwissenschaftliches Institut der EKD: Armut und Scham, 2010.

30 vgl. Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V.: Kosten der Unterkunft (KdU) Mietobergrenzen, Umzug SGB II: Höchstmiete (incl. NK), Stadt Hannover: 3 Personen: 75 qm/ 556 €, Stand 01.04.2011.

31 vgl. Stellungnahme der BAGFW zur Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 2013.

Darüberhinaus sind Wohnraumförderprogramme auf Landes- und kommunaler Ebene insbesondere für die Versorgung von Familien erforderlich. Die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Fördermittel des Bundes sind für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden in Neubauprojekte zu investieren. Neben dem Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum bei Wiedervermietung müssen auch Mietobergrenzen beziehungsweise Kappungsgrenzen festgelegt werden, damit ein ausreichendes Angebot an preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung steht.

Bei der Stadteilentwicklung ist unter Einbezug der freigemeinnützigen Wohnungswirtschaft der Erhalt von preiswertem Wohnraum durch gemeinwesenorientierte Sozialarbeit zu flankieren und durch eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zu stützen. Erfahrungen aus der Gemeinwesendiakonie zeigen, dass es durch ressortübergreifende Förderprogramme sowie interkommunale Entwicklungskonzepte für ländliche Regionen gelingt, in benachteiligten Wohnquartieren und ländlichen Regionen eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur bereitzustellen und gemeinschaftliches Leben für Familien zu organisieren.[32] Es gilt zu verhindern, dass sozial-integrative Förderprogramme wie beispielsweise die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ auf die Bereiche Bauen und Wohnen beschränkt werden. Diese Programme sollten ausgebaut und mit anderen sozialen Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes sowie der Länder und Kommunen, die auf die Sicherstellung der Daseinsvorsorge[33] und auf den Erhalt von Wohn- und Lebensqualität für Familien abzielen, enger verknüpft werden.

32 www.kirche-findet-stadt.de

33 Diakonie Texte Positionspapier: Soziale Daseinsvorsorge in den Kommunen: Zivilgesellschaft stärken, Solidarität und Teilhabe sichern, 2012.

Fazit und Ausblick

Familienpolitik muss in den nächsten Jahren einer der Schwerpunkte in den politischen Debatten und Aktivitäten werden. Die Politik ist aufgefordert, die derzeitigen zum Teil widersprüchlichen Zielsetzungen zwischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs-, Familien- und Sozialpolitik zu überwinden. Eine gerechte Familienpolitik wird nur zu erreichen sein, wenn die Politikfelder Familie und Soziales sowie Beschäftigung und Wohnen systematisch miteinander verknüpft werden.

Die zunehmenden strukturellen Benachteiligungen stellen eine große sozialpolitische Herausforderung dar. Die Diakonie Deutschland wird ihr besonderes Augenmerk auf Familien richten, die sich in schwierigen Lebensphasen befinden oder in sozial belasteten Verhältnissen leben. Sie engagiert sich für mehr Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit im Interesse von Familien.

Mitglieder der Projektgruppe:

Helia Geller-Fehling
Diakonisches Werk Stadtverband Hannover, SINA – Soziale Integration Neue Arbeit

Dr. Sigrid Gronbach
Diakonie Deutschland, Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Birgit Löwe
Diakonisches Werk Bayern, Vorstand

Dr. Friederike Mussgnug
Diakonie Deutschland, Sozialrecht

Sebastian Oehme
Diakonie Hochfranken, Personalentwicklung

Erika Stempfle
Diakonie Deutschland, Ambulante und gesundheits- und sozialpflegerische Dienste, ambulante Altenhilfe

Elena Weber
Diakonie Deutschland, Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Leitung der Projektgruppe:

Ulrike Gebelein
Diakonie Deutschland, Kinderpolitik und Familienförderung

Notizen

Auszug Diakonie Texte 2012/2013/2014

02.2014 Handreichung zu Schweigepflichtentbindungen für Mitarbeitende in der Diakonie
01.2014 Diakonische Positionen zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
11.2013 Gesundheitspolitische Perspektiven der Diakonie 2014
10.2013 Einrichtungsstatistik – Regional zum 1. Januar 2013
09.2013 Pflegestatistik zum 15.12.2011
08.2013 Prävention und Bekämpfung von Altersarmut
07.2013 Demografischer Wandel – zwischen Mythos und Wirklichkeit
06.2013 Die insoweit erfahrene Fachkraft nach dem Bundeskinderschutzgesetz – Rechtsfragen, Befugnisse und erweiterte Aufgaben
05.2013 Einrichtungsstatistik zum 1. Januar 2012
04.2013 Finanzierung von Altenarbeit im Gemeinwesen
03.2013 Soziale Sicherung für Kinder und Jugendliche einfach, transparent und zielgenau ausgestalten
02.2013 Freiheits- und Schutzrechte der UN-Behindertenrechtskonvention und Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie
01.2013 Dritter Weg im Dialog: Argumente, Glossar und Maßnahmen für die interne Kommunikation
09.2012 In der Diakonie vom Glauben reden – in Kursen zu Themen des Glaubens
08.2012 Das neue Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen – Positionen der Diakonie
07.2012 Klientinnen und Klienten in ihrer Elternrolle stärken – Kinder psychisch oder suchtkranker Eltern achtsam wahrnehmen
06.2012 Soziale Daseinsvorsorge in den Kommunen: Zivilgesellschaft stärken, Solidarität und Teilhabe sichern
05.2012 Rechtssicherheit und Fairness bei Grundsicherung nötig Diakonie-Umfrage ergibt: SGB-II-Rechtsansprüche regelmäßig nicht umgesetzt
04.2012 Freiwilliges Engagement in Einrichtungen und Diensten der Diakonie – Eine repräsentative Studie
03.2012 Leitlinien Arbeitsmigration und Entwicklung
– Guidelines on Labour Migration and Development
Art.-Nr: 613 003 032ENGL
– Principes directeurs pour les migrations et le développement
Art.-Nr: 613 003 032FR

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, dass wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des Diakonie Textes Informationen und inhaltliche Anregungen geben können. Wir sind an Rückmeldungen interessiert, um unsere Arbeit zu optimieren. Wir freuen uns deshalb, wenn Sie uns

1. Kommentare und Anregungen zum Inhalt des Textes zukommen lassen,
2. informieren, welchen Nutzen Sie durch diesen Text für Ihre Arbeit erfahren haben und
3. mitteilen, wie Sie auf die vorliegende Ausgabe der Diakonie Texte aufmerksam geworden sind und ob oder wie Sie diese weitergeben werden.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die verantwortliche Projektleitung (siehe Impressum unter Kontakt).

Herzlichen Dank!
Diakonie Deutschland

Die Texte, die wir in der Publikationsreihe Diakonie Texte veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nichtkommerziellen Zwecken heruntergeladen und vervielfältigt werden. Diakonie Texte finden Sie unter www.diakonie.de/Texte. Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Texte gedruckt beim Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon: +49 711 21 59-777
Telefax: +49 711 797 75 02
Vertrieb@diakonie.de

Benutzer des Diakonie Wissensportals können über die Portalsuche nicht nur nach Stichworten in den Textdateien recherchieren, sondern auch auf weitere verwandte Informationen und Veröffentlichungen aus der gesamten Diakonie zugreifen. Voraussetzung ist die Freischaltung nach der Registrierung auf www.diakonie-wissen.de

www.diakonie.de

Impressum

Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Telefon: +49 30 652 11-1779
redaktion@diakonie.de
www.diakonie.de

Kontakt:
Ulrike Gebelein
Kinderpolitik und Familienförderung
Zentrum Familie Bildung Engagement
Telefon: +49 30 652 11-1687
ulrike.gebelein@diakonie.de

Layout: A. Stiefel

Druck: Zentraler Vertrieb des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen

© März 2014 – 1. Auflage
ISBN-Nr. 978-3-941458-73-4

Art.-Nr. 613 003 034

Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und
Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 652 11-0
Telefax: +49 30 652 11-3333
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de